

Landkreis Kassel



Absender: Kreistags-/Kreisausschussbüro

Vorlage-Nr.: 2011/0158

Veranlasser / Verursacher
SPD

Datum: 05.08.2011

Aktenzeichen:

Antrag

Antrag der SPD-Fraktion vom 02.08.2011 betr. „Keine Kürzung bei Hessischen Verkehrsverbänden“

Beratungsfolge:

Gremium	am	Top	Status
Ausschuss für Wirtschafts- und Strukturpolitik, Bau- und Verkehrswesen	25.08.2011	6	öffentlich
Haupt- und Finanzausschuss	29.08.2011	10	öffentlich
Kreistag	01.09.2011	24	öffentlich

Beschlussvorschlag:

Die durch das hessische Finanzministerium gegenüber den kommunalen Spitzenverbänden bekannt gemachten Kürzungsabsichten bei den hessischen Nahverkehrsverbänden in Höhe von jährlich 20 Mio. Euro werden vom Kreistag des Landkreises Kassel abgelehnt.

Der Kreisausschuss wird aufgefordert, sich zusammen mit dem Hessischen Landkreistag, dem Hessischen Städtetag und dem Hessischen Städte- und Gemeinde-bund sowie insbesondere dem Nordhessischen Verkehrsverbund bei der Hessischen Landesregierung gegen die Kürzungspläne auszusprechen.

Begründung:

Die mit dem ÖPNV befassten Aufgabenträger müssten dann in Nordhessen mit ca. 4 Mio. Euro pro Jahr weniger auskommen. Diese Kürzungen schaden dem Bus- und Bahn-System im Landkreis Kassel besonders, da dieses aufgrund seiner Verknüpfung mit der Stadt Kassel viele regionale Aufgaben erfüllt. Auf der einen Seite werden neue wichtige Verkehrsknoten geschaffen, wie z.B. der Ausbau des Flugplatzes Calden, zum anderen fehle dann das Geld, diese Verkehrsknoten anzubinden. Darüber hinaus können die Kürzungen nur aufgefangen werden, wenn bei der RegioTram, die weiterhin gute Fahrgastzuwächse verzeichnet, der Kurhessenbahn oder im großen Nord-Osthessen-Netz Züge abbestellt werden mit allen Ausfallkosten aus laufenden Verträgen, die auch aus öffentlichen Mitteln getragen werden müssen. Die für den Landkreis Kassel wichtige RegioTram schafft gerade neue Wohn- und Arbeitsplatzmöglichkeiten. Die beabsichtigten Kürzungen stellen dies alles wieder in Frage. Ebenso verhält es sich beim regionalen und lokalen Bus- bzw. Anrufsammelverkehr, der zwischen Stadt und Landkreis Kassel überproportional im NVV betroffen wäre. Die Landesregierung würde mit dieser Maßnahme erneut die Kommunen belasten.

Gerade der ländliche Raum hätte darunter erheblich zu leiden. Auf diese Weise würden die Auswirkungen des demografischen Wandels nicht reduziert, sondern seinen negativen Entwicklungen sogar noch Vorschub geleistet. Die durch das hessische Finanzministerium geplanten Kürzungen schaden dem Landkreis Kassel und darüber hinaus Nordhessen immens. Sie müssen gestoppt werden.

Ulrike Gottschalck

Anlage/n:

Beschreibung
Antrag der SPD-Fraktion vom 02.08.2011